

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Carsten Hübner und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/1820 –

Deutsch-indonesische Zusammenarbeit und der Terror in Ost-Timor

„Immer drängender stellt sich die Frage: Was hat Deutschland mit dem Terror in Ost-Timor zu tun?“ (taz vom 11. September 1999). Nicht nur die weithin bekannten Rüstungsexporte nach Indonesien, sondern vor allem die Kooperation mit der indonesischen Armee, Polizei und dem Geheimdienst erscheinen vor dem Hintergrund der Katastrophe in Ost-Timor als sehr bedenklich.

In „Die Woche“ vom 17. September 1999 heißt es, dass die Ausbildungsprogramme für indonesische Soldaten in Deutschland Anfang dieses Jahres aufgrund der politischen Entwicklung in Indonesien gestoppt wurden. Das ARD-Nachrichtenmagazin MONITOR berichtete am 9. September 1999, dass der ehemalige Leiter der Spezialeinheit „Kopassus“, General Prabowo Subianto, von der deutschen GSG 9 geschult worden sei. Außerdem berichtet MONITOR, dass der BND eine gute Partnerschaft mit dem indonesischen Geheimdienst (Deckname „Kakadu“) pflege.

1. Treffen die Angaben in „Die Woche“ zu, dass in der Bundesrepublik Deutschland seit 1965 insgesamt 115 Angehörige der indonesischen Armee, Ärzte, Techniker und Offiziere ausgebildet worden sind, darunter 42 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg?

Es wurden seit 1965 115 indonesische Lehrgangsteilnehmer bei der Bundeswehr ausgebildet, 38 davon an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 9. November 1999 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2. Wann genau, aus welchen Gründen und auf wessen Veranlassung wurde das Ausbildungsprogramm gestoppt?

Indonesien erhielt zuletzt 1998 ein Ausbildungsangebot, das nicht wahrgenommen wurde. Im Juli 1998 informierte Indonesien, dass man sich auf Grund der indonesischen Haushaltslage außerstande sehe, weiterhin Lehrgangsteilnehmer nach Deutschland zu schicken und bat um Unterstützung. Dieser Bitte wurde nach Bewertung der politischen Entwicklung und angesichts der knappen Haushaltslage nicht nachgekommen. Für 1999 wurde kein Ausbildungsangebot mehr unterbreitet.

3. Mit welchen anderen Nicht-NATO-Staaten unterhält die Bundesrepublik Deutschland ähnliche Ausbildungsprogramme?

Die Bundesrepublik Deutschland unterhält im Rahmen ihrer militärischen Ausbildungshilfe ähnliche Ausbildungsprogramme mit zahlreichen Nicht-NATO-Staaten. Folgende Länder haben 1999 Militärische Ausbildungshilfe in Anspruch genommen bzw. werden dies noch tun: Ägypten, Albanien, Algerien, Argentinien, Bangladesch, Benin, Bosnien-Herzegowina, Botsuana, Brasilien, Bulgarien, Burkina Faso, Chile, China, Elfenbeinküste, Estland, Finnland, Georgien, Ghana, Guinea, Indien, Indonesien, Japan, Jemen, Jordanien, Kamerun, Kap Verde, Kasachstan, Kirgisistan, Korea, Kroatien, Kuwait, Lesotho, Lettland, Litauen, Mali, Marokko, Mauretanien, Mazedonien, Mexiko, Moldau, Mongolei, Namibia, Österreich, Pakistan, Paraguay, Peru, Rumänien, Russland, Sambia, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Senegal, Singapur, Slowakei, Slowenien, Spanien, Südafrika, Tansania, Thailand, Tunesien, Ukraine, Usbekistan, Venezuela, Vietnam, Weißrussland.

4. Welche Kriterien werden im Einzelnen an die Partnerländer solcher Ausbildungsprogramme gestellt?

Kriterien für die Gewährung Militärischer Ausbildungshilfe sind die politische Lage, die militärpolitische Bedeutung, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, der Bedarf an Ausbildungsplätzen des jeweiligen Landes, verfügbare Ressourcen im Einzelplan 14 und die zur Verfügung stehende Kapazität an Ausbildungsplätzen an Einrichtungen und Truppenteilen der Bundeswehr. Die Rahmenplanung hinsichtlich der Auswahl der Länder, die Militärische Ausbildungshilfe erhalten, wird jährlich zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Auswärtigen Amt abgestimmt.

5. Gibt es eine Partnerschaft zwischen dem BND und dem indonesischen Geheimdienst?
6. Wenn ja, welche nicht von der Geheimhaltung betroffenen Details beinhaltet diese Partnerschaft?

Zu Fragen, die eine nachrichtendienstliche Tätigkeit des Bundes zum Gegenstand haben, nimmt die Bundesregierung nur gegenüber den für die parlamen-

tarische Kontrolle dieser Tätigkeit zuständigen Gremien des Deutschen Bundestages Stellung.

7. Beurteilt die Bundesregierung die Ausbildung indonesischer Militärs, wie zum Beispiel des ehemaligen Kopassus-Leiters, angesichts der Verwicklung der indonesischen Armee in die Menschenrechtsverletzungen und Massaker in Ost-Timor im Nachhinein als Fehler?
 - a) Wenn ja, erwägt die Bundesregierung sich bei den Opfern des indonesischen Terrors öffentlich zu entschuldigen?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung ist nach wie vor der Meinung, dass Ausbildungsmaßnahmen einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung eines Rollenverständnisses der Streitkräfte leisten, das demokratischen Prinzipien und dem Rechtsstaat verpflichtet ist. Den Teilnehmern wird sowohl durch die Fachausbildung als auch über die persönlichen Kontakte ein positives Bild der Rolle des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft vermittelt.

